



K u r z b e r i c h t

über die

107. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 9. September 2015,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen **Bericht des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten über die medizinische Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes** auf Antrag der Abg. Damerow, [Umdruck 18/4784](#), entgegen.

Der **Bericht des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten über die Bereitstellung von Zuwendungsmitteln an den Landessportverband und seine Mitgliedsvereine zur Unterstützung der Integrationsarbeit mit Flüchtlingen** auf Antrag der Abg. Damerow, [Umdruck 18/4786](#), soll zeitnah schriftlich gegeben werden.

Der Ausschuss beschäftigte sich außerdem mit dem **Verfassungsschutzbericht 2014** der Landesregierung, [Drucksache 18/2936](#), und der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, **Entwicklung und Gefahren des Extremismus in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/3054](#), und führte dazu ein Gespräch mit Vertretern des Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten, unter anderem mit dem Leiter des Verfassungsschutzes. Beide Vorlagen wurden im Anschluss daran abschließend zur Kenntnis genommen.

Das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten beantwortete außerdem Nachfragen zu den Bescheiden hinsichtlich der **Vergabe der Zuwendungsmittel aus der Schwimmsportstättenförderrichtlinie** auf Antrag der Abg. Nicolaisen, [Umdruck 18/4749](#), und der Ausschuss beschäftigte sich mit dem Antrag der Fraktion der CDU, **Programm zur Auflösung des Sanierungsstaus bei den Kommunalen Sportstätten**, [Drucksache 18/3159](#). Die Nummer 2 des Antrags der Fraktion der CDU wurde vom Antragsteller für erledigt erklärt. Der Verfahrensantrag, die Vorlage weiter in der Beratung zu halten und im Rahmen der Haushaltsberatungen erneut aufzurufen, wurde von den Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Abgeordneten des SSW unterstützt. Die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN stimmten gegen den Verfahrensvorschlag.

Die Ausschussmitglieder kamen einstimmig überein, ihre Beratungen zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-**

Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen, Drucksache 18/2449 -
selbstständig -, auf ihre kommende Sitzung am 23. September 2015 zu verschieben.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag einstimmig, in dem **Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht** betreffend **Antrag auf konkrete Normenkontrolle zur Einholung einer Entscheidung nach § 44 LVerfGG - Unterbringungsverfahren nach dem PsychKG -**, **Umdruck 18/4669**, keine Stellungnahme abzugeben.

Schluss: 17 Uhr

gez. Dörte Schönfelder